Aufhebung der österreichischen Militärverwaltung in Polen

Lublin, 14. Oktober. (Kor. Bureau, amtlich.) Die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulösen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Uebernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und ihr auf Verlangen die Polen derzeit noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Hingegen erwartet die österreichisch-ungarische Monarchie, daß das Land ihr aus seinen Ueberschüssen an Lebensmitteln und Rohstoffen mit entsprechenden Rekompensationen aushelfen wird. Die gegenwärtigen militärischen Aufbringungen würden eingestellt und die staatliche Bewirtschaftung den zu schaffenden polnischen Organisationen übergeben werden.

*

⊙ **Berlin, 15. Oktober.** (Drahtbr. unserer Berliner Schriftleitung.) Privatnachrichten baltischer Blätter zufolge herrscht in Polnisch-Livland wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine panikartige Stimmung, da sich die maximalistischen Elemente zu regen beginnen. Die Geistlichen Polnisch-Livlands beschlossen in einer Versammlung, das Land mit den Deutschen zu verlassen. Auch viele Einwohner treffen Maßnahmen zum Verlassen der Heimat.

Eine Stefaninote über die letzte deutsche Antwort

Rom, 15. Oktober. (Drahtbericht.) „Stefani" veröffentlicht folgende Note: Damit die öffentliche Meinung nicht hinsichtlich der Bedeutung und Wirkungen der Antwort Deutschlands auf die Note Wilsons irregeführt werde, ist es zweckmäßig, sich stets die Tatsachen zu vergegenwärtigen, deren Folge diese Antwort ist. In der Note am 8. Oktober ersuchten die Mittelmächte Wilson, Friedensverhandlungen zu eröffnen, denen ein Waffenstillstand vorausgehen sollte. Dieses Ersuchen war an den Präsidenten persönlich und durch ihn an die kriegführenden Ententemächte gerichtet. Wilson stellte drei Vorfragen, von denen er jeglichen weiteren Schritt abhängig machte, so daß das Ersuchen um Waffenstillstand den verbündeten Regierungen nicht übermittelt wurde, denn es galt zuerst, diese Fragen zu lösen, die jeder Erörterung vorausgingen. — So ist es klar, daß dann nur eins möglich ist, nämlich, daß Wilson in Uebereinstimmung mit den alliierten Regierungen jetzt Bedingungen aufstellen müßte, denen die Feinde, wenn man anfängt zu verhandeln, zustimmen müßten. Es sei erforderlich, einen Hinterhalt zu verhüten und unumgänglich notwendige militärische Bürgschaften zu erlangen, damit der Waffenstillstand nicht ausschließlich den Feinden zum Vorteil gereiche. Ferner müßte verhindert werden, daß die Feinde den Waffenstillstand dazu benutzten, ihre Heere aus der kritischen Lage zu befreien, in der sie sich befinden und die für sie immer schlimmer wird, worauf es ihnen möglich wäre, die Feindseligkeiten unter günstigeren Bedingungen wieder aufzunehmen, nachdem ihr Kriegsmaterial zurückgezogen und ihre Truppen reorganisiert wären.

*

Genf, 15. Oktober. (Drahtbericht.) Der Vereinsvorsitzende der elsaß-lothringischen Gesellschaft in Frankreich sandte an Clemenceau eine Adresse, worin gegen einen Waffenstillstand ohne vorherige Räumung Elsaß-Lothringens und gegen Präliminarien ohne Entschädigung für Zerstörungen und Plünderungen energisch protestiert wird.

„Die Demokratie und der Friede"

Bern, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Unter diesem Titel schreibt der „Berner Bund": „Zu räumen sind Belgien und das besetzte Gebiet in Nordfrankreich, wohl auch die besetzten Teile Italiens und des Ostens, d. h. des ehemaligen Rußlands. Hierüber wird eine Regelung getroffen werden müssen wegen der besonderen Verhältnisse. Es waren nämlich im Osten große Bevölkerungskreise froh darüber, daß die Deutschen dort einigermaßen Ordnung geschafft haben und sie zurzeit noch aufrechterhalten. Räumen die Deutschen jetzt diese Gebiete, so besteht die Gefahr, daß die Bolschewisten das Land mit Mord und Plünderung heimsuchen, da die Ententetruppen dort noch nicht eingreifen können. Zu dem dritten Punkte der Note Wilsons sagt die deutsche Antwort, daß die deutsche Regierung in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages handle, und daß der Reichskanzler im Sinne der deutschen Regierung und des deutschen Volkes spreche. Ob letzteres zur Stunde ganz genau zutrifft, und ob daher auch die Forderung Wilsons erfüllt wird, ist eine offene Frage. Denn weder der Reichstag noch das Volk haben die Regierung eingesetzt. Tatsache ist jedoch, daß die Männer des Volkes und der Reichstag zur Regierung stehen. Solange jedoch der Kaiser persönlich über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, wird Wilson einen dauerhaften Frieden nicht schließen wollen. Die Demokratie ist der Frieden, und Deutschland muß den Weg dahin weitergehen. Die parlamentarischen und die militärischen Stellen können die Entwicklung nicht aufhalten."

Monatlich 250 000 Amerikaner für den Westen

Haag, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung wird weiter fortfahren, weitere 250 000 Mann monatlich mit den nötigen Vorräten nach Frankreich zu senden. In keiner Hinsicht kann von einem Heruntergehen von dieser Zahl oder von einer Verzögerung die Rede sein.

Belagerungszustand in ganz Portugal

Basel, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Havasbericht aus Lissabon ist über ganz Portugal der Belagerungszustand verhängt. Der Präsident hat in seiner Eigenschaft der Land- und Seestreitkräfte die direkte Führung der militärischen Kräfte übernommen. Eine kleine militärische Abteilung in der Nähe von Porto, die gemeutert hatte, wurde rasch wieder zum Gehorsam gebracht.

⊙ **Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses** hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, die Wahlrechtsvorlage in der Form, wie sie aus den Verhandlungen des Herrenhauses hervorgehen wird, anzunehmen.

* **Der bayrische Landtag** wird morgen zu einer Sondersitzung zusammentreten, in der eine Reihe von wichtigen Gesetzentwürfen beraten werden soll. Ministerpräsident von Dandl wird die Stellungnahme der bayrischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage darstellen. Damit ist der Auftakt gegeben zu einer allgemeinen politischen Aussprache. Der Aeltestenausschuß der Abgeordnetenkammer hat sich dahin geeinigt, sämtliche vorgelegten Regierungsvorlagen einschließlich der Lehrergesetze in der außerordentlichen Tagung zu behandeln und zu verabschieden.

⊙ **Die Grippe in Groß-Berlin** verläuft in aufsteigender Richtung, doch bleibt, wie die Nachrichten aus anderen Städten des Reiches beweisen, die Verbreitung hier immer noch in vergleichsweise mäßigen Grenzen.

* Vom Würzburger Stadttheater starb am 14. Oktober die Opernsängerin Johanna aus Leipzig im Lazarett an der Grippe.

Evangelisch-sozialer Kongreß

Die 27. Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses begann gestern mit einem im Festsaale des Zoologischen Gartens veranstalteten öffentlichen Volksabend, der eine sehr große Gemeinde vereinigte. Mit seiner Begrüßungsansprache an die Teilnehmer verband Pfarrer Herz, Vorsitzender der Sächsischen Evangelisch-sozialen Vereinigung, die ernste Aufforderung zu einem festen Zusammenschluß unseres Volkes ohne Unterschied der Parteien und Stände und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die sittlichen, religiösen, geistigen und sozialen Kräfte, die in der Menschheit leben, mehr Wert und Stärke haben als aller äußerer Schein. Dann schilderte er die Kraft und Bedeutung des Evangelisch-sozialen Gedankens und gedachte in Dankbarkeit zweier führender Leipziger Männer des Kongresses, die seit der letzten Tagung abberufen worden sind, der beiden Gelehrten Rudolf Sohm und Kaspar René Gregory. Als Hauptaufgabe des Kongresses bezeichnete er die Hebung und Stärkung des Vertrauens und der Zuversicht unseres Volkes in der gegenwärtigen ernsten Stunde.

In einem gehaltvollen Vortrage über die Frage „Was schulden wir unserem Volke" wies der Redner des Abends, Staatsminister a. D. Exzellenz Dr. Freiherr v. Berlepsch, einleitend auf die bleierne Ungewißheit hin, die gegenwärtig auf unserem Volke lastet. Die Einigkeit unseres Volkes vom 4. August 1914 sei leider verloren gegangen. Um sie wiederherzustellen, müsse man als erstes alte Vorurteile und Vorrechte fallen lassen und jedem unter uns die volle Gleichberechtigung in rechtlicher, sozialer und politischer Beziehung zugestehen. In feiner Weise kritisierte der Vortragende die Anschauungen über angebliche Vorrechte von Besitz und Geburt. Er forderte Verbesserung der Gesindeordnung. Noch heute fehle dem Lohnarbeiter die öffentlich-rechtliche Vertretung, die alle anderen Berufsstände hätten, denn das Arbeitskammergesetz sei immer noch nicht fertiggestellt. Eine wirksame soziale Reform könne nur unter dem Zeichen der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter betrieben werden. Schon das lebendige Christentum zwinge zu einer Verbesserung der sozialen Lage der lohnarbeitenden Klassen, und nur dann könne man in unserem Volke das Vertrauen stärken und die Einigkeit wieder herstellen.

Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Goetz sprach alsdann über „Die Verantwortung der Bildung und der Masse vor unserem Volke." Die wahre Bildung bestehe nicht aus einem reichen Wissen, auch nicht in der Zugehörigkeit zu einer höheren Schicht des Volkes, sondern sie sei überall im Volke verteilt und nicht an Besitztum oder Geburtsvorrechte gebunden. Die führenden Schichten der modernen Völker hätten unzweifelhaft den Gedanken des Rechts- und Kulturstaates hervorgebracht. Der Staat, den heute alle Völker fordern, sei nicht nur ein Staat, an dem das Volk mitwirken wolle, sondern ein solcher, der Rechte und Kulturaufgaben in allererster Linie verwirklicht. Soziale Gleichheit vor dem Gesetz allen, ob sie führen oder dienen! Jetzt sei auch in Deutschland die Demokratie eingezogen. Niemals sei aber das Wort Demokratie von denen, die sie für eine hohe Sache halten, als eine Herrschaft der Masse aufgefaßt worden. Das deutsche Volk habe vor dem Feinde seine Pflicht getan, und wenn es jetzt einer solchen Uebermacht weichen müsse, so steige seine Ehre nur noch höher. Ein Volk, das so Großes und Unvergängliches geleistet habe, müsse in seiner Gesamtheit Träger des neuen Staates sein. Die deutsche Demokratie, die nichts anderes bedeute, als die wahre Regierung des gesamten deutschen Volkes, das Zusammenwirken von Fürst und höheren und unteren Schichten, nehme es als eine der Ueberlieferungen seiner Vergangenheit dankbar hin, daß es ein Fürst sei, der den Uebergang zur Demokratie in Deutschland bewerkstelligt habe. Nicht eine Beseitigung der Herrschenden durch die, die zur Herrschaft drängen, werden erstrebt, sondern ein Hinzuziehen und Sichfinden zu einem neuen großen Band des ganzen Volkes, dessen alle Glieder auch die Verantwortung gemeinsam tragen wollen. Jetzt helfe nichts anderes, als festes Zusammenstehen, und zwar einer für alle und alle für einen. Da wir wissen, so führte Geheimrat Goetz zum Schluß aus, daß die wahrhaft Gebildeten über das ganze Volk oben und unten verteilt sind, so wissen wir auch, daß, wenn nur sie alle die Hand sich reichen und aus ihren Kreisen die Führer abgeben, wir auch die Fügungen des Schicksals überstehen werden. Wir glauben an unser Volk, weil es Unvergängliches geleistet hat. Unser Väter Erbe werden wir verteidigen bis zum Aeußersten. Wir vertrauen dem alten Lutherwort: „Und wenn die Welt voll Teufel wär'." In diesem Gedanken lassen wir heute echte Vaterlandsliebe lebendig werden. Auch dieser Vortrag fand lebhaftesten Beifall.

Oberlehrer Dr. Thiem übermittelte hierauf einen herzlichen Gruß der Freien kirchlich-sozialen Konferenz und betonte das gute Verhältnis und die ersprießliche Zusammenarbeit zwischen dieser und dem Evangelisch-sozialen Kongreß. Alsdann verlas Generalsekretär Pfarrer Dr. Schneemelcher ein längeres Begrüßungsschreiben des Wirkl. Geheimen Rats Prof. Dr. von Harnack, der am Erscheinen verhindert war. Für den gleichfalls am Erscheinen verhinderten Reichstagsabgeordneten D. Friedrich Naumann sprach am Schlusse Geheimer Konsistorialrat Professor D. Baumgarten-Kiel über „Licht und Sonne." Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem Karfreitag unseres Volkes ein Ostermorgen folgen werde, und daß Gott unser Volk wieder hinaufführen werde zu neuer Kraft. Wie die Vorredner, so bezeichnete auch er die Einigkeit unseres Volkes als das Gebot der Stunde.

Sitzung der Handelskammer

In der gestrigen Sitzung der Handelskammer, an der, wie schon berichtet, eine Anzahl Ehrengäste teilgenommen haben, sprach Präsident Geh. Kommerzienrat Schmidt die Versicherung aus, daß die Kammer auch in Zukunft und insbesondere in dieser schweren Zeit unentwegt alle Kräfte in den Dienst der von ihr vertretenen Kreise zum Besten unseres Volkes stellen werde, und vollzog danach die Vereidigung des Herrn Friedr. Franz Hoffman, Inhabers der Firma F. F. Hoffmann, als Probenehmer für Oele und Fette bei dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette.

Das Mitglied der 1. Abteilung des Börsenvorstandes Direktor Hans Hoff, so berichtete namens des Verfassungsausschusses Geh. Kommerzienrat Habenicht, ist nach Berlin verzogen und mußte deshalb aus dem Börsenvorstand ausscheiden. Die 1. Abteilung schlägt nun der Kammer vor, an Stelle des Direktors Hoff den Direktor der Bank für Handel und Industrie Dr. jur. Hermann Siemsen zu wählen. Die Kammer schließt sich diesem Antrag an und wählte Dr. Siemsen einstimmig.

Weiter berichtete Herr Geheimrat Habenicht, daß der Vorstand der 1. Börsenabteilung eine

Aenderung in der Börsenordnung

beantrage. Es haben sich in der letzten Zeit Unannehmlichkeiten dadurch geltend gemacht, daß bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Börsenvorstandsmitgliedern wiederholt die Beschlußfähigkeit des Vorstandes in Frage gestellt wurde. Es wird daher beantragt, den § 3 Absatz 2 der Börsenordnung dahin abzuändern, daß die Zahl der Mitglieder der 1. Abteilung von acht auf zehn Mitglieder erhöht wird. Die Kammer erkannte das Bedürfnis dieser Aenderung an und beschloß, ihre Genehmigung durch das Kgl. Ministerium des Innern zu bewirken.

Ueber die Frage der

Herabsetzung der Schulbildung der technischen Zollbeamten

derart, daß von ihnen in Preußen künftig nur noch das Einjährigenzeugnis verlangt werden soll, berichtete Kommerzienrat Wappler. In Sachsen wird das Maturitätszeugnis verlangt, in Preußen bisher das Reifezeugnis für Oberprima. Die Forderung des Maturitätszeugnisses für den Eintritt in die Zollverwaltung habe sich bewährt. Bei der ständig wachsenden Kompliziertheit der Zolltarife und Abgabengesetze erscheine diese Forderung allgemein geboten. Die Anforderungen an den technischen Zollbeamten hinsichtlich seines geistigen Rüstzeuges, seiner Geschicklichkeit im Verkehr mit den Abgabepflichtigen und seiner Charakterstärke seien größer geworden, als sie an die mittlere Beamtenschaft irgendeines anderen Verwaltungszweiges im allgemeinen gestellt zu werden brauchen. Den in Frage kommenden Beamten oblege die Ausführung von Reichsgesetzen, und es könne keinem Bundesstaate gleichgültig sein, wie die zur Ausführung der Reichsgesetze bestellten Organe in einem der anderen Bundesstaaten beschaffen seien. Immerhin sei es eine preußische Angelegenheit, die hier in Frage stehe, und die Kammer könne sich daher dabei genügen, ihr vollstes Einverständnis zu den Bestrebungen des preußischen Landesverbandes technischer Zollbeamten zu erklären, gegen die Herabsetzung der Forderung an Schulbildung zu wirken. Eine gewisse Rolle bei dieser Entschließung spiele auch die Erwägung, daß sich bei dem Umsturz aller Verhältnisse, den der Krieg im Gefolge habe, möglicherweise nicht immer die genügende Anzahl von Stellenanwärtern mit dem Maturitätszeugnis für die Laufbahn des technischen Zollbeamten finden werde. Die Zuschrift an den preußischen Landesverband, die der Zollausschuß im Sinne der Ausführungen des Herrn Kommerzienrats Wappler entworfen hatte, fand die Billigung der Kammer. (Hierauf geheime Sitzung.)

---

hg **Ottensener Eisenwerk, Akt.-Ges., in Altona-Ottensen.** Wie der Aufsichtsrat mitteilt, ist das Werk in den verflossenen dreiviertel Jahren gut beschäftigt gewesen, und es liegt ein so reichlicher Auftragsbestand vor, daß es bis über das laufende Jahr hinaus volle Beschäftigung hat. Wenn keine besonderen Hindernisse eintreten, wird die Gesellschaft daher mindestens die gleiche Dividende wie im Vorjahre (12½ Proz.) verteilen können. Die Umstellungen in die Friedensarbeit werden keine besonderen Schwierigkeiten machen.

Kirchliche Nachrichten

St. Andreas. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr Kriegsbetstunde mit Beichte und Abendmahl: Pf. Lic. Teichgräber.

Hauptschriftleiter Dr. Erich Everth.
Verantwortlich für den politischen Teil Dr. Georg Margulis; für den politischen Nachrichtenteil Felix Simon; für die Handelszeitung Walther Schlobler; für Leipziger, sächsische Angelegenheiten und Gericht J. Heilland; für Kunst und Wissenschaft Hans Georg Richter; für Musik Prof. Eugen Segnitz; für Sport, Bäder und Verkehr Dr. Ernst Schober. — Für den Anzeigenteil Heinrich Walter.
Druck und Verlag: Leipziger Tageblatt Dr. Reinhold u. Co. Sämtlich in Leipzig. Berliner Schriftleitung: Dr. Richard Bahr. Dresdner Schriftleitung: Bruno Schaw.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 4 Seiten, die vorliegende Ausgabe 8 Seiten, zusammen **12 Seiten**

Luftleer oder gasgefüllt
Wer braucht die Millionen
Wotan-Lampen
Jeder Elektro-Installateur weiß es